

# Staatliche Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationspolitik in Preußen: 1848-1857

## Zusammenstellung der Texte

Tobias Liebert; Ana-Marija Grebenar; Caroline Gerberding / Katharina Zeisler

### Inhalt:

1 Vorgeschichte (T.L.; C.G./K.Z.) .....	1
1.1 Vorbemerkungen.....	1
1.2 Rückblick auf die Zeit von 1815 bis 1847 .....	1
1.3 Ministerial-Zeitungsbüro von 1841 bis 1848.....	1
2 Staatliche Öffentlichkeitsarbeit in der bürgerlich-liberalen Revolution von 1848/49 (T.L., C.G./K.Z.) .....	2
2.1 Bis zum Sommer 1848: Märzrevolution, Pressefreiheit und Literarisches Kabinett .....	2
2.2 Zweite Jahreshälfte 1848: liberal-konstitutionelle Verfassung und konservativer Innenminister	2
2.3 Literarisches Kabinett: neuer Anlauf ab Dezember 1848 .....	3
3 Die Revolution scheiterte und der konservative Staat festigte sich wieder (T.L., C.G./K.Z.) .....	4
3.1 Pressefreiheit light.....	4
3.2 Kontinuität und Wandel beim Literarischem Kabinett 1850 .....	4
4 Grundcharakteristik der 1850er-Jahre (T.L.).....	4
4.1 Die 1850er als Jahrzehnt der Reaktion.....	4
4.2 Unterschied der 1850er-Jahre zur Restaurationszeit nach 1819 .....	5
5 Organisation und Aufgaben der staatlichen Pressebehörde (T.L., C.G./K.Z.).....	5
5.1 Vom Innen- zum Staatsministerium .....	5
5.2 Zentralstelle für Presseangelegenheiten: Überblick über ihre Aufgaben.....	6
5.3 Zentralstelle für Presseangelegenheiten: Anbindung an den Regierungschef .....	6
6 Organisation und Aufgaben der staatlichen Pressebehörde (T.L., A.-M.G.) .....	7
6.1 Finanzielle und informationelle Beeinflussung der Presse .....	7
6.2 Korrespondenzen als wichtiger Beeinflussungskanal.....	7
6.3 Deutschland- bzw. außenpolitische Aufgaben.....	8
7 Die „Philosophie“ regierungsamtlicher Öffentlichkeitsarbeit und Medienpolitik (T.L.).....	8
7.1 Presse braucht Lenkung .....	8
7.2 Öffentliche Meinung und Staat .....	9
7.3 Außen- und Innenpolitik .....	9
7.4 Lenkung und Repression, Pressearbeit und Polizei .....	10
8 Budget und Personal der staatlichen Pressebehörde (T.L.).....	10
8.1 Finanzielle Ausstattung der Zentralstelle für Presseangelegenheiten .....	10
8.2 Qualität des Personals der Zentralstelle für Presseangelegenheiten .....	10
8.3 Personal der Zentralstelle: Eigenschaften und Beispiele .....	11
9 Anhang .....	12
9.1 Die Autoren der Texte über staatliche Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationspolitik in Preußen 1848-57 .....	12
9.2 Literaturverzeichnis .....	12

## 1 Vorgeschichte (T.L.; C.G./K.Z.)

### 1.1 Vorbemerkungen

Das PR-Museum hält eine Reihe von Beiträgen über *staatliche PR und Kommunikationspolitik in Preußen* vor. Eine diesem Beitrag chronologisch vorausgehende Abhandlung beschäftigt sich beispielsweise mit dem Zeitabschnitt 1814/15-1822, also der Geschichte vom Wiener Kongress bis zum Tod von Staatskanzler und „Chef“-Reformer Hardenberg 1822.

Dem vorliegenden Beitrag chronologisch folgen Abhandlungen zur *staatlichen Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationspolitik Preußens von 1858 bis 1871* sowie zur *Pressepolitik Bismarcks*. Thematisch verwandt ist ein Beitrag zur Geschichte des *Literarischen Büros* in Preußen.

### 1.2 Rückblick auf die Zeit von 1815 bis 1847

Nach dem Wiener Kongress von 1815 setzte in Preußen und Europa eine Phase der Restauration ein. Mit dem Tode des Reformkanzlers Hardenberg 1822 trat zudem ein wichtiger Innovator staatlicher Öffentlichkeitsarbeit ab. Die Zeit war von Zensur, Säuberungsmaßnahmen, Zeitungsverboten, Sondersteuern und Gefängnisstrafen für Herausgeber und Redakteure gekennzeichnet. Die Presse wurde streng überwacht.

Dennoch kann für alle deutschen Länder behauptet werden:

„Presse und Landtag gewannen Bedeutung als Instrumente bürgerlich-liberaler Opposition gegen die Regierungen; seit 1815, stärker noch nach der französischen Julirevolution von 1830, etablierte sich eine politische Öffentlichkeit in der Gesellschaft weit über die gebildete und meist staatsnahe Aufklärungsgesellschaft des 18. Jahrhunderts hinaus; die fundamentale, immer weitere Bevölkerungsschichten einbeziehende Politisierung ließ sich für die Zwecke der Regierungen nicht mehr einfach instrumentalisieren, sondern stieß mit diesen immer häufiger und grundsätzlicher aufeinander.“ (Nolte 1994, S. 86)

### 1.3 Ministerial-Zeitungsbüro von 1841 bis 1848

Nach einem Thronwechsel 1841 in Preußen begann mit der Einrichtung des *Ministerial-Zeitungsbüros* ein Neuanfang staatlicher Öffentlichkeitsarbeit. Mit Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, der Friedrich Wilhelm III. ablöste, waren generell hohe Erwartungen verbunden.<sup>1</sup> Vor allem die „Liberalen setzten große Hoffnungen auf ihn, zumal er die Zensur lockerte sowie Ernst Moritz Arndt und Ludwig Jahn, die Opfer der (so genannten) Demagogenverfolgungen geworden waren, rehabilitierte. Hinsichtlich einer Verfassungsreform ging es in Preußen jedoch nicht voran.“ (Naumann 2008, S. 38)

Nach nur sieben Jahren seiner Existenz, 1848, stellte das *Ministerial-Zeitungsbüro* in den Revolutionstagen seine Existenz ein.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> „Er war geistig und künstlerisch hochbegabt, aber sprunghaft in seinem Charakter und neigte zu mystisch-romantischen Auffassungen (der ‚Romantiker auf dem Thron‘).“ (Naumann 2008, S. 38) Zum Ministerial-Zeitungsbüro von 1841 vgl. auch Kunczik 1997, S. 83f.

<sup>2</sup> Vgl. Sängler 1966, S. 14.

## 2 Staatliche Öffentlichkeitsarbeit in der bürgerlich-liberalen Revolution von 1848/49 (T.L., C.G./K.Z.)

### 2.1 Bis zum Sommer 1848: Märzrevolution, Pressefreiheit und Literarisches Kabinett

1848 brachte die politische Lage zur Explosion. Die Februar-Ereignisse in Paris schwappten in die deutschen Länder über: Im März stand ganz Deutschland im Zeichen der Revolution, deshalb auch die Rede von der „Märzrevolution“. Sie trug einen liberal-demokratischen und einen nationalen Charakter. In vielen Ländern kamen nach anfänglichen Auseinandersetzungen, dann in Folge von Verhandlungen liberale Ministerien, die sogenannten „Märzministerien“, ans Ruder. Verfassungsgebende Versammlungen konstituierten sich.<sup>3</sup>

Preußen erließ am 17./18. März 1848 ein vorläufiges Pressegesetz, das im Paragraphen 1 die Aufhebung der Zensur verkündete. Allerdings führte es im § 4 eine Kautionspflicht bei Zeitungsgründungen ein. Erst die Verfassung vom Dezember beseitigte diese wieder und die Stempelsteuer.<sup>4</sup>

„Die Revolution von 1848/49 brachte erstmals in Deutschland uneingeschränkte Pressefreiheit. Eine wahre ‚Leseexplosion‘ war die Folge: Die Auflagenzahlen vor allem der politischen Presse schnellten in die Höhe, zahlreiche – häufig allerdings nur kurzlebige – Blätter wurden neu gegründet. (...) Die Regierungen sahen sich zu umfassender aktiver Pressearbeit veranlasst, um wieder Kontrolle über die Öffentlichkeit zu bekommen.“ (Piereth 1994, S. 32)

Im selben Jahr, bereits im Sommer 1848, rief man unter dem Ministerpräsidenten Rudolph von Auerswald – er war nur etwa ein Vierteljahr an der Macht – das *Literarische Kabinett* ins Leben.<sup>5</sup> Dessen zentrale Aufgabe: Zeitungen auswerten, also die Beobachtung der veröffentlichten Meinung. Das Büro bestand vor allem aus den Literaten Dr. Aegidi – als „treibende Arbeitskraft“ (die aber im November ausschied) –, Roerdanz und Dr. Arndt (Wappler 1935, S. 4).

### 2.2 Zweite Jahreshälfte 1848: liberal-konstitutionelle Verfassung und konservativer Innenminister

Gegen Ende des Jahres 1848 hatten die Konservativen bereits wieder an Boden gewonnen. Funktion und Tätigkeit einer staatlichen Stelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit waren und sind nur in *Abhängigkeit von der allgemeinen Kommunikationsordnung* bestimmbar, die seinerzeit unter den bürgerlich-liberalen Revolutionsumständen und konservativen Gegenbewegungen großer Unsicherheit und Dynamik unterlag. Der preußische König löste am 5. Dezember 1848 die Nationalversammlung auf und verkündete eine liberal-konstitutionelle Verfassung.<sup>6</sup> Sie versprach im Artikel 24 Pressefreiheit:

„Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Gedanken frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise, namentlich weder durch Zensur, noch durch Konzessionen und Sicherheitsbestellungen, weder durch Staatsauflagen noch durch Beschränkungen der Druckereien und des Buchhandels, noch endlich

---

<sup>3</sup> Vgl. Naumann 2008, S. 39.

<sup>4</sup> Vgl. Bialowons 1979, S. 12-14.

<sup>5</sup> Vgl. dazu – neben Wappler 1935 – auch Kunczik 1997, S. 84.

<sup>6</sup> Vgl. Naumann 2008, S. 40.

durch Postverbote und ungleichmäßigen Postsatz oder durch andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendiert oder aufgehoben werden.“ (Zit. nach Wappler 1935, S. 4.)<sup>7</sup>

Innenminister war ab 8. November 1848 bis 1850 Otto Theodor Freiherr von Manteuffel (1805-1882). Er bildete eine wichtige Konstante des Staates in den (Nach-) Revolutionsjahren. Der konservative preußische Politiker setzte sich für das Dreiklassenwahlrecht (1849) und die Umgestaltung der Verfassung (1848/1850) ein. Mit Kompromissen verhinderte er, dass die alten Mächte von der Revolution hinweggefegt wurden.<sup>8</sup>

„Seiner politischen Konfession ungeachtet, überdauerte M(anteuffel) als anerkannt tüchtiger Beamter die personellen Veränderungen infolge der revolutionären Ereignisse. Als der König, angesichts der sich radikalierenden Nationalversammlung von Kamarilla und Kreuzzeitungs- partei ebenso bedrängt wie gestützt, den Weg zur Bildung eines antirevolutionären Kampfmi- nisteriums freigab, stand M. zur Verfügung. Wenn auch der erfolgreiche Kurs dieses Ministeriums der ‚rettenden Taten‘ wesentlich der Entschlusskraft und dem Durchsetzungsvermögen des Ministerpräsidenten, Grafen Brandenburg, zu verdanken war, so entwickelte sich doch M. als Minister des Innern zum politisch führenden Kopf. Mit der Verlegung und schließlichen Auflö- sung der preuß(ischen) Nationalversammlung sowie dem gleichzeitigen Oktroi der Verfassung (5.12.1848) wurde der schmale Weg eines konservativ-liberalen Kompromisses – unter konsti- tutionellen Zugeständnissen, aber extra-konstitutionellen Handlungsvorbehalten der Exekutive – zu beschreiten versucht.“ (Grünthal 1990)

### 2.3 Literarisches Kabinett: neuer Anlauf ab Dezember 1848

Ein erneuter Anlauf für das *Literarische Kabinett* im Dezember 1848 unter dem Königlichen Generalkonsul Freiherrn von Richthofen und mit den Mitarbeitern Dr. Balßer, Prof. Herzog, Dr. Metzel, Roerdanz, Heckert und Dr. Arndt hatte „theoretisch“ von der Pressefreiheit aus- zugehen.

Die Regierung wie auch jede politische Strömung gerieten dabei zu einem „Player“ unter mehreren und hatten aber auf Rezeptionsseite zu berücksichtigen, dass „die große Masse der Zeitungsleser erfahrungsgemäß nur eine Zeitung hielt“. Da die Presselandschaft politisch- weltanschaulich strukturiert war, bedeutete dies, dass „eine allseitig abwägende Besprechung praktisch nicht möglich war“. „Um in vorsichtiger und zweckdienlicher Weise den Ansichten der Regierung beim Publikum Eingang zu schaffen“, verfolgte Richthofen die Strategie, „von vornherein in der Presse diejenigen Gefühlsgründe zur Geltung zu bringen, unter denen die Regierung ihre Maßregeln durch das Publikum beurteilt sehen wünschte“. (Wappler 1935, S. 5)

Der konkrete Betrieb im *Literarischen Kabinett* der Revolutionsjahre mutet durchaus modern an: Man versandte Fragebögen in die preußischen Regionen, unterhielt Verbindungspersonen in den einzelnen Ministerien und eine sehr detaillierte Geschäftsordnung regelte die Angaben bzw. Empfehlungen auf den Clippings des Pressespiegels. Die Mitarbeiter hatten konkret Re- chenschaft abzulegen über ihre Autorentätigkeit für die verschiedensten Zeitungen (unter Ein- schätzung der Zugänglichkeit der jeweiligen Redaktion).<sup>9</sup>

<sup>7</sup> Abgeschwächt in der endgültigen Verfassung vom 31. Januar 1850.

<sup>8</sup> Vgl. Brockhaus 1991, Bd. 14, S. 168.

<sup>9</sup> Vgl. Wappler 1935, S. 7.

### **3 Die Revolution scheiterte und der konservative Staat festigte sich wieder (T.L., C.G./K.Z.)**

#### **3.1 Pressefreiheit light**

Im Frühjahr 1849 scheiterte die Frankfurter Nationalversammlung mit ihrer Verfassungspolitik. Radikal-demokratische Kräfte versuchten mit Aufständen ihre Ziele zu retten und wurden dabei vom preußischen Militär blutig niedergeschlagen. Die Revolution von 1848/49 misslang schließlich.<sup>10</sup>

In der endgültigen, nach dem Scheitern der Revolution durch die konservative Gegenbewegung beeinflussten Verfassung vom 31. Januar 1850 wurde der Artikel 24 zur 27. Darin tauchte der Begriff der „Meinung“ auf (anstelle von „Gedanken“). Absatz 2 geriet kürzer und allgemein-unverbindlicher. Immerhin blieb das Zensurverbot erhalten, die Pressefreiheit allerdings war nicht mehr absolut geschützt: „Die Zensur darf nicht eingeführt werden; jede andere Beschränkung der Preßfreiheit nur im Wege der Gesetzgebung“ (Zit. nach Wappler 1935, S. 5.).

#### **3.2 Kontinuität und Wandel beim Literarischen Kabinett 1850**

Der schnelle Wechsel der unmittelbar Verantwortlichen für staatliche Öffentlichkeitsarbeit in den folgenden Monaten war wohl Ausdruck der komplizierten und sich verändernden Kräfteverhältnisse. Der bürokratische Aufbau der Behörde ging voran, durchlebte aber auch verschiedene Prägungen: „Herr von Richthofen, besonders aber Januar bis März 1850 Herr von Meusebach und April bis November 1850 Kammergerichtsrat Dr. von Merckel bestimmten als Leiter den Charakter des sich etappenweise vollziehenden Aufbaus. Sie bieten in ihrer Verschiedenartigkeit zugleich ein lehrreiches Beispiel dafür, in welcher Weise eine Wirksamkeit – unbeschadet der Oberaufsicht der vorgesetzten Behörde – durch die persönlichen Anschauungen der Leiter ihr Gepräge erhält.“ (Wappler 1935, S. 4)

Trotz aller Vielfalt der Arbeit war auch schon unter Richthofen die *Staatszeitung* eine zentrale Option, die allerdings durch die Ausdifferenzierung der Interessen innerhalb des Regierungslagers nicht leicht verwirklicht werden konnte. Bereits im Spätherbst 1848 hatte Preußens Ministerpräsident Friedrich Wilhelm von Brandenburg eine staatliche Tageszeitung gewünscht, um „die konstitutionelle Monarchie und das Königthum gegen die überfließenden Angriffe der Demokratie und der Anarchie zu vertheidigen“ (Piereth 1994, S. 32). Merckel schließlich sah im *Literarischen Kabinett* das „Zentrum für eine Organisation der gesamten konservativen Presse“, „deren Stützung und Förderung er gegenüber der fast allein herrschenden liberalen Presse als eine Staatsnotwendigkeit empfand“ (Wappler 1935, S. 8f. und 10).

### **4 Grundcharakteristik der 1850er-Jahre (T.L.)**

#### **4.1 Die 1850er als Jahrzehnt der Reaktion**

Die 1850er-Jahre sind in die Geschichte als „Prozess der Reaktion“ eingegangen. Getragen wurde er „besonders in Preußen von der staatlichen Bürokratie, welche ihre ehemals fortschrittlich-liberalen Züge verloren hatte. In Preußen kam auch der feudal-junkerliche Einfluss

---

<sup>10</sup> Vgl. Naumann 2008, S. 41.

wieder verstärkt zur Geltung, und mit Ausnahme der Patrimonialgerichtsbarkeit wurden viele gutsherrschaftliche Rechte wiederhergestellt“ (Naumann 2008, S. 42).

Bezogen auf die damalige *Medienpolitik* fasst eine pressehistorische Darstellung aus der DDR zusammen:

„Der Staat mischte sich in die Presseentwicklung erstens durch den *Erlass von Pressegesetzen* ein, zweitens indem er beachtliche Teile der Presse mit Hilfe *wirtschaftlicher Druckmittel* korrumpierte, und drittens, indem er die Redaktionen durch *amtliche Pressestellen* beeinflusste.“ (Bialowons/Raue 1979, S. 7)

Auch Fachpublikationen aus den 1990ern urteilen ähnlich: Vor allem im „Reaktionsjahrzehnt der 1850er-Jahre“ setzten die deutschen Regierungen „auf eine einheitliche, von oben gesteuerte Willensbildung“. Das Bundespressegesetz von 1854 war „in einem durchaus vergleichbaren Geist“ abgefasst wie die Karlsbader Beschlüsse von 1819. „Das während der Revolution (von 1848/49) verlorengegangene Kontrollinstrument der Vorzensur wurde durch eine repressive Verwaltungspraxis ersetzt.“ (Piereth 1994, S. 34) Dazu gehörten in Preußen die Wiedereinführung der Kautionspflicht (12. Mai 1851) und der Stempelsteuer, um die Zeitungsauflagen klein zu halten (2. Juni 1852). Das Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 mit dem berüchtigten „Hass- und Verachtungsparagraphen“ 101 tat ein Übriges (Bialowons/Raue 1979, S. 8).

#### 4.2 Unterschied der 1850er-Jahre zur Restaurationszeit nach 1819

Allerdings gab es auch einen wichtigen Unterschied zur Zeit zwischen 1819 und 1848: Jetzt war das „anhaltende Bemühen der Obrigkeit auch um aktive Pressearbeit“ erkennbar, das sich „im Ausbau der entsprechenden amtlichen Institutionen spiegelt“. Auch im Bereich der Pressepolitik sei die *Reaktion* nunmehr „moderner“ als die *Restauration* nach 1815 gewesen. (Piereth 1994, S. 34)

Spätestens seit den Revolutionen von 1848/49 hatte sich bei den in den deutschen Staaten Herrschenden die Erkenntnis durchgesetzt, „dass wegen der enorm gestiegenen Anforderungen die Pressepolitik innerhalb des Regierungsapparates besser organisiert werden müsse“ (Piereth 1994, S. 33). Wie anderswo setzte man in Preußen auf die Installierung und Vervollkommnung eines *Pressebüros* mit durchaus wechselnden Bezeichnungen (*Literarisches Kabinett*, *Zentralstelle für Presseangelegenheiten*, *Literarisches Büro*).

### 5 Organisation und Aufgaben der staatlichen Pressebehörde I (T.L., C.G./K.Z.)

#### 5.1 Vom Innen- zum Staatsministerium

Als im Dezember 1850 der bisherige Innenminister Freiherr von Manteuffel zum Staats- und Außenminister von Preußen (genauer gesagt: Präsidenten des Staatsministeriums und Minister für auswärtige Angelegenheiten) aufstieg, wurde das *Literarische Kabinett* aus dem Innenministerium zum Büro des *Königlichen Staatsministeriums* überführt.<sup>11</sup>

<sup>11</sup> Vgl. Wappler 1935, S. 14.

Damit gewann die – aus damaliger Sicht – *Außenpolitik* gegenüber der *Innenpolitik* an Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit. Die „umfassende Neuorganisation des ‚Literarischen Kabinetts‘ scheint doch auf die Einsicht Manteuffels hinzuweisen – und sei es nur aus Zweckmäßigkeitserwägungen –, dass Preußen bei der Durchführung seiner deutschen Politik ‚das deutsche Nationalgefühl, das wenigstens die oberen Schichten der Bevölkerung auch im außerpreußischen Deutschland beherrschte und in den liberalen Kammermehrheiten noch immer eine wirksame Vertretung fand‘, ein wertvoller Bundesgenosse sein könne.“ (Wappler 1935, S. 15)

Manteuffels Politik generell wird aber als streng konservativ charakterisiert, was 1858 zu seiner Entlassung führen sollte.<sup>12</sup>

## 5.2 Zentralstelle für Presseangelegenheiten: Überblick über ihre Aufgaben

1851 folgte unter dem Ministerium Manteuffel die erste Umbenennung in „*Centralstelle für Preßangelegenheiten*“. Manteuffel hatte bereits am 23. Dezember 1850 „seinem befähigten Schützling(e) Dr. Rino Quehl mit 1.200 RT. Gehalt die Leitung der Zentralstelle (...)“ anvertraut.<sup>13</sup> „Quehl hatte die Stellung eines vortragenden Rates beim Ministerpräsidenten in allen zu dessen Geschäftsbereich gehörigen Presseangelegenheiten.“ (Wappler 1935, S. 18f.) Folgende Aufgaben wies ihm die Dienstanweisung zu:

- „1. ‚Das Dezernat über die Verwaltung des für die Presse ausgesetzten Subventions-Fonds‘.
2. Genaue Aufsicht über die unterstützten Blätter; denn früher hatte man Unterstützungen gezahlt, ohne sich fortwährend von der Haltung der unterstützten Zeitungen zu überzeugen.
3. Anknüpfung und Pflege von Beziehungen zu der in- und ausländischen Presse.
4. Berichterstattung an den Ministerpräsidenten bzw. die einzelnen Staatsminister über die Äußerungen der gesamten Presse.
5. Die Kuratel über das Institut des ‚Königlichen Staatsanzeigers‘ und die damit verbundene, im März 1851 aus der ‚Deutschen Reform‘ hervorgegangene ‚Preußische/ Adler-/Zeitung‘.
6. Gutachten über Gesetzesentwürfe auf Grund der faktischen und technischen Verhältnisse der Presse.“ (Wappler 1935, S. 19)

Damit praktizierte die Zentralstelle sowohl „alte“ Methoden über Geld (Aufgaben 1 und 2) als auch „neue“ über Pressearbeit im modernen Sinne (Aufgaben 3 und 4). Zugleich wird die Bedeutung einer eigenen Staatspresse sichtbar (Aufgabe 5). Außerdem spielte die Behörde eine medienpolitische Rolle (Aufgabe 6).

## 5.3 Zentralstelle für Presseangelegenheiten: Anbindung an den Regierungschef

Behördenchef Quehl stand im engen Kontakt zum preußischen „MP“ (u. a. Aufgabe 4):

„Der Ministerpräsident nahm im täglichen, unmittelbaren Vortrage des Direktors der Zentralstelle einen Bericht über die bemerkenswerten Erscheinungen in der Tagespresse entgegen und gab Anweisungen für die Regierungsorgane und durch die Korrespondenten auszuführende Be-

---

<sup>12</sup> Vgl. Brockhaus 1991, Bd. 14, S. 168.

<sup>13</sup> „Quehl hatte sein Theologiestudium abgebrochen (...) und war 1849 Schriftleiter des ‚Danziger Dampfbootes‘ geworden. Während der Dauer des Erfurter Parlaments leitete er im Auftrage Manteuffels im Frühjahr 1850 die ‚Preßstation‘ Erfurt, der besonders die Herausgabe der ‚Erfurter Zeitung‘ oblag (GStA., N.A.M.d.I. 23 I, 6)“ (Wappler 1935, S. 18). Wappler schreibt den Vornamen Rino, Kunczik Ryno. Quehl wurde 1853 nach Kopenhagen abberufen, einer seiner Nachfolger wurde Dr. Metzel. Vgl. Kunczik 1997, S. 86.

sprechungen der politischen Tagesfragen. Zur Lösung der bezeichneten Aufgaben gliederte Quehl die Zentralstelle in je eine Abteilung für Berichterstattung bzw. Zeitungslektüre, für Korrespondenzen und für Regierungsorgane.“ (Wappler 1935, S. 19)

Mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg wirkte die Zentralstelle im Sinne der Regierung auf die Inhalte der Zeitungen ein. Prägend für diese Phase war – trotz auch informationeller Beeinflussung – der Versuch, die Presse durch Bestechung und Subventionen zu steuern. Dies war eine international gängige Praxis und gewiss nicht nur eine Eigenart Preußens. 1860 wurde die *Zentralstelle für Presseangelegenheiten* in das *Literarische Büro* umgewandelt (siehe auch weiter hinten).

## 6 Organisation und Aufgaben der staatlichen Pressebehörde II (T.L., A.-M.G.)

### 6.1 Finanzielle und informationelle Beeinflussung der Presse

Die Aufgaben 1 und 2 wurden auch dahingehend erweitert, *zusätzliche* Gelder zu akquirieren. Man schuf Stellvertreter-Organisationen, die Fundraising für die konservative Presse betrieben. Formal-rechtlich hatten die Verwaltungsmaßnahmen zur Erschwerung des Pressebetriebs für die Zeitungen aller politisch-weltanschaulichen Richtungen zu gelten. Gerade den konservativen Blättern fiel es aber oft schwer, die nötigen Kauttionen aufzubringen. So initiierte die *Zentralstelle für Presseangelegenheiten* einen *Verein konservativer Männer zur Aushilfe für Beschaffung von Zeitungskauttionen*, der die Aufgabe übernahm, (...)

„(...) für die stützungsbedürftigen konservativen Organe Gelder zur Verfügung zu stellen. Durch unmittelbare und verschleierte Pressesubvention wurde erreicht, dass Mitte der fünfziger Jahre in Preußen der Anteil der Regierungspresse an den politischen Blättern etwa 60 Prozent betrug“ (Bialowons/Raue 1979, S. 16).

Aufgabe 3 ließ sich noch einmal differenzieren in:

a) „(...) Zeitungen herauszufinden. in denen man regierungsfreundliche Meldungen veröffentlichen konnte. ohne dass das betreffende Blatt offiziell zum Regierungsorgan abgestempelt wurde. Solche Blätter fanden sich vor allem in der Provinz.“

b) „(...) Zeitungen aus jenen preußischen Provinzen zu bearbeiten und zu beobachten, in denen die Presse besonders scharf gegen die Regierung zu schreiben pflegte. Das waren vor allem die Rheinprovinz, wo während der fünfziger Jahre verschiedene Zeitungen den Versuch unternahmen, eine Art zentrales demokratisches Organ zu werden, und die Provinz Posen mit ihrer größtenteils polnischen Bevölkerung. Es gab in der Pressestelle einen besonderen Bearbeiter für polnische Zeitungen und Flugblätter.“ (Bialowons/Raue 1979, S. 10)

Etwa 100 Zeitungen, darunter 47 ausländische, wurden systematisch gesichtet.<sup>14</sup>

### 6.2 Korrespondenzen als wichtiger Beeinflussungskanal

Ein wichtiges Steuerungsinstrument staatlicher Pressearbeit waren *Korrespondenzen* als semi-mediale Informationsangebote an die Redaktionen. Sie wurden von diesen auch nachgefragt,

---

<sup>14</sup> Vgl. Wappler 1935, S. 19.

da der Presse häufig finanzielle Mittel fehlten, um eigene Nachrichten aus der Fremde einzuholen.

„Die Zentralstelle belieferte die Zeitungsredaktionen und fremden Diplomaten durch die ‚Preußische Correspondenz‘ mit amtlichen Nachrichten, gab die ‚Provinzialkorrespondenz‘ für Behörden und Redaktionen in der Provinz heraus und die ‚Berliner Korrespondenzen‘ für auswärtige Blätter. Ihr unterstanden auch der ‚Königlich Preußische Staatsanzeiger‘, das Zentralorgan für amtliche Nachrichten, und als Beiblatt die ‚Preußische (Adler)-Zeitung‘, die die Verteidigung der Regierung zu führen hatte. Der Einfluss, der von diesem Büro ausstrahlte, ging so weit, dass die Zeitungskorrespondenten, die mit dem Büro zu tun hatten, kaum unabhängig von ihm zu nennen sind; ihre Zusammenarbeit beruhte auf gegenseitigen Vorteilen, sowohl informatischen wie finanziellen.“ (Sänger 1966, S. 14; vgl. auch Kunczik 1997, S. 85f.)

### **6.3 Deutschland- bzw. außenpolitische Aufgaben**

In *Frankfurt am Main, dem Sitz des Bundestages*, unterhielt die Berliner Presse-Behörde eine Nebenstelle. Der Bundestag des Deutschen Bundes hatte am 2. September 1850 „auf Initiative Österreichs gegen den Willen Preußens“ seine Tätigkeit wieder aufgenommen.

„Hatte es vor der Revolution noch eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Österreich und Preußen im Bundestag gegeben, so traten jetzt die Interessengegensätze zwischen diesen beiden Mächten offen zutage. Durch die Konfrontation der beiden Großmächte wuchs die Bedeutung der mittleren und kleineren Bundesstaaten, die von den beiden Großen umworben wurden und sich jetzt bemühten, im Bundestag als dritte Kraft politisch eine Rolle zu spielen.“ (Naumann 2008, S. 43)

Der Kampf zwischen Preußen und Österreich um die Vorherrschaft in Deutschland wurde auch mit Hilfe der Presse ausgetragen. Sowohl die Vertreter einer großdeutschen als auch die einer kleindeutschen Lösung versuchten die Medien zu instrumentalisieren. Beide Staaten, Preußen und Österreich, „bestachen in großem Umfang Zeitungen in allen Teilen Deutschlands“ (Bialowons/Raue 1979, S. 9; vgl. auch Kunczik 1997, S. 87).

Die preußische Pressearbeit in Frankfurt und Süddeutschland, wie die Schaffung der preußischen *Zentralstelle für Presseangelegenheiten* generell müssen auch als Versuch angesehen werden, dem österreichischen Beeinflussungssystem Paroli zu bieten. Nach Bismarcks Aussagen hatten die Österreicher Beziehungen in nahezu jede preußische Zeitung „am Rhein und in Berlin“. „Das wichtigste dieser sozusagen österreichischen Organe war die ‚Allgemeine Zeitung‘ in Augsburg, verlegt von Cotta, nach der sich alle antipreußischen Blätter richteten“, schätzen Bialowons/Raue (1979, S. 10) ein.

## **7 Die „Philosophie“ regierungsamtlicher Öffentlichkeitsarbeit und Medienpolitik (T.L.)**

### **7.1 Presse braucht Lenkung**

Auch nach der Umbenennung und Reorganisation der Behörde, die seit 1851 „*Centralstelle für Preßangelegenheiten*“ hieß, bestanden Haupttätigkeiten des Büros – wie oben dargestellt – in der Beobachtung der Presse und der versuchten Presselenkung (mit Geld und Information). Lenkung erschien den preußischen Pressepolitikern notwendig, um die „Gefahren“ einer freien Presse beherrschen zu können. Die Revolutionsjahre hatten die Macht einer freien

Presse aufscheinen lassen, die die Regierung nun vielmehr für sich zu instrumentalisieren gedachte.

Ministerpräsident Manteuffel:

„Die Bedeutung, welche die freie Presse für die Entwicklung des Staatslebens hat und der Einfluss, den diese auf die Zustände ausübt, legen der Staatsregierung in allen ihren Beamten die Pflicht auf, nicht allein auf dem Wege der Gesetzgebung und durch Anwendung der bestehenden Gesetze den Gefahren dieser Freiheit zu begegnen, sondern auch auf jene zuverlässige Weise dahin zu wirken, dass sich der Einfluss der gegenwärtig leider in der Hand Unfähiger und Böswilliger befindlichen Presse zu einem segensreichen gestaltet.“ (Zit. nach Sängler 1966, S. 15)

## 7.2 Öffentliche Meinung und Staat

Umgekehrt sei aus liberalistischer Perspektive die Existenzberechtigung einer regierungsamtlichen *Zentralstelle für Presseangelegenheiten* generell in Zweifel gezogen worden. Auch sei ihr Image schlecht gewesen, so wurde sie als „Preßkorruptionsanstalt“ oder als „Berichtigungs- und Inspirationsbureau“ mit monopolistischen Neigungen tituliert (nach Wappler 1935, S. 90).

Manteuffel erkannte – so nach Wappler (1935, S. 91) – durchaus die wachsende Rolle der öffentlichen Meinung und sah diese, gemeinsam mit dem bürgerlichen Freiheitsideal, in einer widersprüchlichen Beziehung mit der „den Staaten zeitlos eigenen auf Macht- und Selbsterhaltung zielenden Staatskunst“. Er betrachtete den Staat „als wertvollsten Faktor der Menschheitsgeschichte“, den es zu erhalten und zu stärken galt. „Manteuffel und seine in diesen Fragen nächsten Berater Quehl und Metzel“ hätten – in der Interpretation von Wappler – „in den politischen Freiheitswünschen und dem nationalen Sehnen des Bürgertums den ‚Machttrieb von unten‘, der am Gegenstand seines Interesses mitzuarbeiten wünschte“, gewürdigt.

„Um *dieser* Gründe willen, nicht aus polizeilichen Erwägungen heraus, sollte eine entsprechende Organisation von oben zu einer einheitlichen Willensbildung und Willensentfaltung beitragen.“ (Wappler 1935, S. 92)

## 7.3 Außen- und Innenpolitik

Die stärkere Geltung einer demokratischen „Philosophie“ staatlicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wurde auch durch die seinerzeit typische Verquickung von Außen- bzw. Deutschlandpolitik und Innenpolitik erschwert. Solange die deutsche Nationenbildung nicht abgeschlossen war und mehrere Optionen bot, ließen sich interne und externe Akteure nicht klar abgrenzen. Öffentlichkeit und öffentliche Meinung sowie Medienpolitik einer (demokratischen) Gesellschaft mit ihren Normen und Gesetzen beziehen sich – auch heute noch – zuvörderst auf einen Geltungsbereich und Regulierungsraum, der nationalstaatlich definiert ist. Institutionen regierungsamtlicher PR sind an den jeweiligen (National-) Staat gebunden.

Innerhalb einer (demokratischen) Gesellschaft übliche Normen der Transparenz und Diskussion, der Wahrhaftigkeit und Meinungsfreiheit, der Toleranz und Friedlichkeit werden im zwischenstaatlichen Verkehr – selbst von demokratischen Staaten – nicht zwangsläufig vorausgesetzt bzw. gelebt. Die Auslands-PR unterscheidet sich teilweise deutlich von der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit gegenüber den eigenen Bürgern, ganz abgesehen von solchen

Praktiken wie Geheimnisschutz bzw. Spionage auch zwischen befreundeten Staaten. In einer historischen Situation – wie in den 1850er-Jahren bzw. bis 1866 –, wo die Grenze zwischen „innen“ und „außen“ ungeklärt ist, mussten die gegenüber externen Akteuren als legitimiert geltenden restriktiveren Praktiken auch auf die internen Verhältnisse durchschlagen.<sup>15</sup>

#### **7.4 Lenkung und Repression, Pressearbeit und Polizei**

Die Zugehörigkeit der Zentralstelle zum Staatsministerium und nicht zum Innenministerium beschränkte einen repressiv-polizeilichen Charakter der Behörde. Allerdings habe sich die Zentralstelle „zeitweise des dem Ministerium des Innern unterstehenden Polizeiapparates bedient“, vor allem in Presseangelegenheiten mit außenpolitischer Brisanz.

Dabei seien Manteuffels Anweisungen vom Ressortminister von Westphalen, der gegenüber der Presse grundsätzlich negativ eingestellt war, noch konservativer und vor allem rigoroser ausgeführt worden als beabsichtigt. (Wappler 1935, S. 93) Ferdinand Otto Wilhelm von Westphalen (1799-1877, Innenminister von 1850 bis 1858, gilt als „einer der schärfsten Vertreter der preuß(ischen) Reaktion der 1850er-Jahre“ (Brockhaus 1994, Bd. 24, S. 110).

### **8 Budget und Personal der staatlichen Pressebehörde (T.L.)**

#### **8.1 Finanzielle Ausstattung der Zentralstelle für Presseangelegenheiten**

Im Unterschied zum österreichischen Pendant (100.000 Gulden pro Jahr, später sogar 350.000) war die preußische *Zentralstelle für Presseangelegenheiten* finanziell eher schmal ausgestattet: „Sie erhielt seit 1851 jährlich 35.000 Reichstaler (dies entsprach etwa 60.000 Gulden) aus dem“ – wie Piereth (1994, S. 35) schreibt – „polizeilichen Dispositionsfonds des Innenministeriums.“

Erst viel später, ab 1868, konnte Bismarck „zur verdeckten Förderung der Regierungspresse (...) Zinserträge aus dem so genannten Welfenfonds, dem beschlagnahmten Privatvermögen der 1866 abgesetzten Herrscher von Hannover und Hessen“ nutzen (Piereth 1994, S. 35f.).

#### **8.2 Qualität des Personals der Zentralstelle für Presseangelegenheiten**

Piereth (1994, S. 36) vertritt die Ansicht, dass für die amtlichen Pressebüros nur schwer geeignetes *Personal* zu finden war: zum einen sollte es zuverlässig, systemtreu sein, zum anderen aber auch literarisch-journalistisch befähigt. Gute Publizisten hätte es aber eher nicht in amtliche Abhängigkeit gezogen, sondern meist „unterdurchschnittlich begabte Journalisten“.

Dies klingt aus heutiger, demokratischer und vor allem radikaljournalistisch-idealistischer Sicht plausibel und wohlfeil. Und es kann sich auch auf den Zeitgenossen und Historiker Heinrich Wuttke (1875) stützen, der von einer „Schar Hungerleider“ schrieb, „unbedeutende(n), unselbständige(n) Schriftsteller(n), deren Feder käuflich war“ (Zit. nach Kunzick 1997, S. 85).

---

<sup>15</sup> Ähnlich war die Situation der deutschen Zweistaatlichkeit zwischen 1949 und 1990. Neben der schließlich eingetretenen deutschen Wiedervereinigung wurden auch andere historische Entwicklungen für möglich gehalten, beispielsweise eine „Österreichisierung“ der DDR.

Eine solche Einschätzung verkennt nicht nur Wuttkes antipreußische, „großdeutsch-parteiische(n) Verwendung“, sondern erstens subjektiv-ehrliche Motive mancher staatsnah-konservativer bzw. die Seiten gewechselter Akteure, zweitens eine ggf. professionell-moderne Auffassung als kommunikativer Dienstleister, drittens – mindestens aus pragmatisch-opportunistischer Perspektive – die Attraktivität des Arbeitgebers „Staat“ und viertens, dass Auftragskommunikation durchaus kreativen Spielraum ermöglichen kann. Bauer (1930), hier zitiert nach Kunczik, schreibt:

„Meist berief man erfahrene Journalisten, die man beamtete, und denen es oblag, ihre persönlichen Erfahrungen und Beziehungen im Sinne der Weisungen auszunutzen, wie sie ihnen von der Regierung zukamen.“ (Kunczik 1997, S. 84)

### 8.3 Personal der Zentralstelle: Eigenschaften und Beispiele

Piereths und Wuttkes Urteile haben also gewiss nicht für jeden Mitarbeiter zugetroffen, wenigstens hat es vielen nicht an Cleverness gefehlt: Die *Zentralstelle für Presseangelegenheiten* beschäftigte ...

„(...) einen ganzen Stab von Zeitungskorrespondenten, die von der preußischen Regierung neben einem kleinen festen Honorar Informationen bezogen, so dass sie in der Lage waren, scheinbar unabhängig für andere Blätter zu schreiben und dafür von diesen noch einmal Honorar zu kassieren.“ (Bialowons/Raue 1979, S. 11)

Und mindestens manche Pressestellen-Mitarbeiter waren sehr ambitioniert, initiativreich und publizistisch-literarisch und/oder verlegerisch-kommerziell begabt.

Schriftsteller Theodor Fontane (1819-1898), „der 1848 für eine demokratische Ordnung eingetreten war, bemühte sich im April 1850 um die Mitarbeit im *Literarischen (K)abinet(t)*“. Fontane über sich: „Ich gelte, namentlich (Pressestellenchef – T.L.) Merckeln gegenüber, für einen roten Republikaner und bin jetzt eigentlich ein Reaktionär vom reinsten Wasser.“ Von August bis Dezember 1850 las und schnitt er Zeitungen aus und ab November 1851 arbeitete er als „angestellter Scriblifax (in Versen und in Prosa)“ für die *Zentralstelle*. Nach 1852 war er mehrmals für den preußischen Staat auf Reisen in England, gründete und betrieb bis 1856 eine deutsch-englische (vermeintlich private) regelmäßige Korrespondenz. Bis 1859 arbeitete er noch als subventionierter Korrespondent für die *Zentralstelle*. (Kunczik 1997, S. 87-89)

Ein Beispiel für Innovativität, Geschäftssinn und Managementkompetenz bildet Dr. Bernhard Wolff, der „Verleger der ‚Nationalzeitung‘ geworden war und der sein ‚Wolffsches Telegraphenbüro‘ in den Dienst der preußischen Regierung stellte“ (Bialowons/Raue 1979, S. 11).

Der chronologisch folgende Beitrag beschäftigt sich mit dem Zeitabschnitt 1858-1871.

## 9 Anhang

### 9.1 Die Autoren der Texte über staatliche Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationspolitik in Preußen 1848-57

T.L. = Tobias Liebert

A.-M.G. = Ana-Marija Grebenar

C.G. = Caroline Gerberding

K.Z. = Katharina Zeisler

An einigen Stellen fanden Textteile zum *Literarischen Büro* von C.G. und K.Z. aus dem Seminar „PR-Geschichte“ 2006 unter Leitung von Günter Bentele und Stefan Wehmeier Verwendung. Außerdem wurden an wenigen Stellen Informationen aus einer Hausarbeit von A.-M.G. über *Bismarcks Pressepolitik* verarbeitet, die im Seminar „Geschichte des Kommunikationsmanagements“ unter Leitung von Günter Bentele im Sommersemester 2013 verfasst worden war. Mit Blick auf die erweiterte Thematik erarbeitete T.L. 2014/15 große Teile der Texte neu.

### 9.2 Literaturverzeichnis

*Bentele, Günter; Liebert, Tobias* (2005): PR-Geschichte in Deutschland. Allgemeine Entwicklung, Entwicklung der Wirtschafts-PR und Berührungspunkte zum Journalismus. In: Arnold, Klaus; Neuberger, Christoph (Hrsg.) (2005): *Alte Medien – neue Medien*. Festschrift für Jan Tonnenmacher. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. S. 221-241.

*Bialowons, Günter* (1979): Die deutsche Presse in der bürgerlich-demokratischen Revolution (1848-1849). (= Geschichte der deutschen Presse. Lehrheft 5) Leipzig: Univ., Sektion Journalistik.

*Bialowons, Günter; Raue, Günter* (1979): Die deutsche Presse vom Ausgang der Revolution bis zur Reichsgründung (1849-1871). (= Geschichte der deutschen Presse. Lehrheft 6) Leipzig: Univ., Sektion Journalistik.

*Birkner, Thomas* (2011): Zensur. Aus: Lexikon zu Restauration und Vormärz. Deutsche Geschichte 1815 bis 1848. Hrsg. v. Andreas C. Hofmann. In: *historicum.net* Im Internet unter: [https://www.historicum.net/no\\_cache/persistent/artikel/8454/](https://www.historicum.net/no_cache/persistent/artikel/8454/) (Abruf am 23. August 2014).

Brockhaus (1991) Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden. 19., völlig neu bearb. Aufl. 14. Bd. Mag-Mod. Mannheim: F. A. Brockhaus.

Brockhaus (1994) Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden. 19., völlig neu bearb. Aufl. 24. Bd. Wek-Zz. Mannheim: F. A. Brockhaus.

*Dittmer, Lothar* (1992): Beamtenkonservatismus und Modernisierung. Untersuchungen zur Vorgeschichte der Konservativen Partei in Preußen 1810-1848/49. (= Studien zur modernen Geschichte; Bd. 44). Stuttgart: Franz Steiner.

*Fischer, Heinz-Dietrich* (Hrsg.) (1981): Regierungssprecher – Zwischen Information und Geheimhaltung. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

*Goros, Antonios* (1998): Entwicklungen von Public Relations in Deutschland während der Kaiserzeit und der Weimarer Republik (1871-1933). Münster.

*Griewank, Karl* (1954): Der Wiener Kongress und die europäische Restauration 1814/15. Bd. 2. Leipzig: Koehler & Amelang.

*Groth, Otto* (1929): Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik). Bd. 2. Mannheim; Berlin; Leipzig.

*Grünthal, Günther* (1990): Manteuffel, Otto Freiherr von. In: Neue Deutsche Biographie 16 (1990). S. 88-90 [Onlinefassung]. Im Internet unter: <http://www.deutsche-biographie.de/ppn116735996.html>

*Kunczik, Michael* (1997): Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland. Köln; Weimar; Wien: Böhlau.

*Kunczik, Michael* (2002): Public Relations. Konzepte und Theorien. 4. Auflage. Köln; Weimar; Wien: Böhlau.

*Liebert, Tobias* (1999): Historische Phasen und Typen von Öffentlichkeit und die Entwicklung von Öffentlichkeitsarbeit. Entwurf eines Modells. In: Szyszka, Peter (Hrsg.): Öffentlichkeit. Diskurs zu einem Schlüsselbegriff der Organisationskommunikation. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 93-111.

*Liebert, Tobias* (2003): Der Take-off von Öffentlichkeitsarbeit. Beiträge zur theoriegestützten Real- und Reflexions-Geschichte öffentlicher Kommunikation und ihrer Differenzierung. Leipzig: Univ., Inst. f. KMW.

*Lönnecker, Harald* (2011): Karlsbader Beschlüsse. Im Internet unter: <http://www.historicum.net/themen/restauration-und-vormaerz/lexikon/artikel/KarlsbaderBesc/htmlartikel/8956/ca/83e02f8e03d321f8209b80e54029d9d2/> (Abruf am 11. September 2013).

*Morsey, Rudolf* (1956): Zur Pressepolitik Bismarcks. Die Vorgeschichte des Pressedezernats im Auswärtigen Amt (1870). In: Publizistik. 1. Jg. (1956) Heft 3. S. 177-181.

*Naumann, Günter* (2008): Deutsche Geschichte. Von 1806 bis heute. Wiesbaden: Marix Verlag.

*Nolte, Paul* (1994): Parteien und Propaganda im Vormärz. Die schwierigen Anfänge staatlicher Meinungslenkung in einer politisierten Gesellschaft. In: Daniel, Ute; Siemann, Wolfram (Hg.) (1994): Propaganda, Meinungskampf, Verführung und Sinnstiftung (1788-1989). Frankfurt am Main: Fischer. S. 83-100.

*Piereth, Wolfgang* (1994): Propaganda im 19. Jahrhundert. Die Anfänge aktiver staatlicher Pressepolitik in Deutschland (1800-1871). In: Daniel, Ute; Siemann, Wolfram (Hg.) (1994): Propaganda, Meinungskampf, Verführung und Sinnstiftung (1788-1989). Frankfurt am Main: Fischer. S. 21-43.

*Sänger, Gisela* (1966): Die Funktion amtlicher Pressestellen in der demokratischen Staatsordnung, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main/Berlin: Alfred Metzner.

*Schneider, Franz* (1966): Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Studien zur politischen Geschichte Deutschlands bis 1848 (Politica; Bd. 24). Berlin; Darmstadt; Neuwied: Luchterhand.

*Vogler, Günter; Vetter, Klaus* (1974): Preußen. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung. 3. Auflage. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften.

*Wappler, Kurt* (1935): Regierung und Presse in Preußen. Geschichte der amtlichen preußischen Pressestellen 1848-1862. Leipzig: Universitätsverl. von Robert Noske.

*Wettstein, Oskar* (1938): Regierungen und Presse im Wandel der Zeiten. In: Festgabe für Bundesrat Dr. h. c. Edmund Schultheiss zum 70. Geburtstage. Zürich: Polygrafischer Verlag.